Opłata pocztowa uiszczona gotówką.

Einzelpreis 20 Groschen.

Neues Schlesisches Tagblatt

Unabhängige Tageszeitung.

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle, Bielsko, Pilsudskiego 13, Tel. 1029. Geschäftsstelle Katowice, ul. Mlynska 45-3. Erscheinungsweise: täglich morgens. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises. Bankkonto: Schlesische Eskomptebank, Bielsko. Bezugspreis ohne Zusendung Zl. 4.— monatl., (mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Welt am Sonntag“ Zl. 5.50), mit portofreier Zustellung Zl. 4.50, (mit illustr. Sonntagsbeilage Zl. 6.—). Anzeigenpreis: im Anzeigenteil die 8 mal gespaltene Millimeterzeile 16 Groschen, im Reklameteil die 6 mal gespaltene Millimeterzeile 32 Groschen. (Bei Wiederholung Rabatt).

3. Jahrgang. Samstag, den 13. September 1930. Nr. 246.

Die Ausführungen Briands vor der Völkerbundsversammlung.

Zu der bereits kurz gemeldeten Rede des französischen Außenministers Briand in der Völkerbundsversammlung werden noch folgende Aeußerungen Briands über die Abrüstungsfrage gemeldet:

Man hat, sagte Briand, soeben vor diese Tribüne die Frage der Abrüstung gebracht. Es ist selbstverständlich, daß alle Friedensbemühungen, wenn sie nicht begleitet werden von einer Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen, unzureichend sind und den Völkern, die guten Willens sind, Enttäuschungen bringen. Das darf nicht geschehen. Das was die Unterzeichner des Völkerbundpaktes versprochen haben, muß verwirklicht werden. Man darf aber dem Völkerbund und seiner Abrüstungskommission die Erklärung nicht versagen, daß sie bei dieser Aufgabe auf große Schwierigkeiten gestoßen sind. Aber die Aufgabe wird trotzdem weiter verfolgt. Das haben auch diejenigen anerkennen müssen, die sonst nur pessimistisch sind, hinsichtlich der Fortschritte auf diesem Gebiete. Frankreich wäre es unmöglich gewesen, gewisse Ziffern in den Effektivbeständen und dem Militärbudget herabzusetzen, wenn es sich noch in dem vollständigen Stadium der Unsicherheit befinden würde. Die Ergebnisse der Londoner Flottenkonferenz sind die Grundlagen der weiteren Arbeiten der Abrüstungskommission.

In einem Teil seiner Rede in der er sich mit der Frage der europäischen Einigung beschäftigte, führte Briand unter anderem aus: „Ich wiederhole, was ich schon im vorigen Jahre in der letzten Völkerbundsversammlung erklärt habe, daß in der europäischen Ordnung, die wir anstreben, nichts gegen und nichts neben dem Völkerbund gemacht werden solle. Wir haben das Unglück, einen Kontinent zu bewohnen, der durch viele Kriege erschüttert worden ist und der insbesonders die Schrecken des letzten Krieges erlebt hat. Wir sind noch weit entfernt von einer Behebung der durch den Krieg entstandenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Drückende Erbschaft lastet auf uns. Hier muß Hand angelegt werden. Deshalb müssen sich die Völker, die den Frieden wollen, stärker zusammenschließen. Von diesen Gedanken ausgehend habe ich den Plan in Angriff genommen. Ich habe mir von Anfang an keine Illusionen gemacht. Ich stehe heute auf der Tribüne, um Ihnen, den Vertretern von 27 europäischen Nationen, die sich vor drei Tagen hier versammelt haben, zu erklären, daß ihre Zusammenarbeit auf internationalem Gebiet im Rahmen einer besonderen Vereinigung von ungeheurer Bedeutung für die Aufrechterhaltung des Friedens ist. Jetzt handelt es sich darum, eine konkrete Entscheidung zu treffen, ein gemeinsames Band zwischen den Völkern zu schaffen. Aber es ist notwendig, mit Vorsicht zu handeln und nichts zu unternehmen, was sich schließlich gegen das Ziel richtet, das man ins Auge gefaßt hat. Ich habe in dem Fragebogen, den ich in der vorigen Bundesversammlung den Regierungen vorgelegt habe, alle Punkte aufgezählt, die einer Prüfung bedürfen. Alle Regierungen haben geantwortet. Ich danke besonders den Regierungen, die mich auf gewisse Schwierigkeiten aufmerksam gemacht haben, die ich vielleicht im Anfang nicht vorausgesehen habe. Ich habe aber bereits aus allen Antworten die Genugtuung entnommen, daß die Idee, als solche, einmütig begrüßt worden ist. Man hat behauptet, daß in der Konferenz, die vor drei Tagen hier in Genf stattfand, schwere Differenzen entstanden seien. Die Teilnehmer an dieser Konferenz werden bestätigen, daß davon keine Rede sein kann. Nachdem wir einige Fragen des Verfahrens besprochen hatten, wurde ich mit einer Einmütigkeit, von der ich noch heute ergriffen bin beauftragt, der Bundesversammlung die grundsätzliche Zustimmung der europäischen Staaten zur Kenntnis zu bringen. Niemand denkt daran, etwas zu schaffen, was gegen andere Völker oder Staaten gerichtet sein könnte. Ich habe Gelegenheit gehabt, mich mit führenden Männern aus den Vereinigten Staaten von Amerika über meinen Plan zu unterhalten. Amerika hat kein Interesse daran, die Völker Europas in einem Zustand der Unordnung und Ohnmacht zu erhalten. Alle Länder müssen vielmehr wünschen, daß Völker, wie diejenigen Europas, sich nähern, sich einigen und ihre wirtschaftlichen Angelegenheiten so regeln, daß sie für die Einfuhr der Produktion anderer Länder außerhalb Europas größere Absatzmöglichkeiten schaffen.

Leon Blum über europäische Föderation und Abrüstung.

Paris, 12. September. Im „Populaire“ fordert Leon Blum auf, die Bestrebungen, die europäische Föderation zustande zu bringen, die Abrüstung zu fördern. Er schreibt: Erforderlich ist zunächst das Vertrauen und die Begeisterung der Völker wachzurufen. Das können aber Presseartikel nicht zu Wege bringen. Es ist ein greifbares Unterpfand nötig. Man könne entschlossen zur Abrüstung schreiten und wir werden die Genugtuung haben, daß das Volk an die europäische Föderation zu glauben beginnt.

Das Gerichtsverfahren gegen die verhafteten ehemaligen Abgeordneten

Die Untersuchung in Angelegenheit der Verhaftung der ehemaligen Abgeordneten wurde dem Staatsanwalt beim Bezirksgericht in Warschau, Michalowski, übertragen. Staatsanwalt Michalowski begab sich am Donnerstag nach Brzeszcze, umsich mit den Einzelheiten in der Verhaftungsangelegenheit bekannt zu machen. Der Staatsanwalt hat am Donnerstag das Untersuchungsmaterial von den Administrationsbehörden des Innenministeriums erhalten.

Am Donnerstag hat eine mehrstündige Beratung im Justizministerium stattgefunden. An der Beratung haben der Justizminister Car, der Staatsanwalt beim Appellationsgericht Rudnicki sowie der Staatsanwalt Michalowski teilgenommen.

Die Vertretung der Verhafteten haben sechs Anwälte aus Warschau übernommen. Einer der Vertreter erklärte, daß die eigentlichen Vertretertätigkeit erst am Montag beginnen werde. In diesem Termine ist zu erwarten, daß sich mit der Angelegenheit der Verhafteten ein noch zu bestimmender Untersuchungsrichter befassen wird. Bis zur Zeit steht es noch nicht fest, ob diese Angelegenheit einem der Warschauer Untersuchungsrichter, einem Krakauer oder einem Untersuchungsrichter aus Brzeszcze übertragen wird.

Noch ein Sejmabgeordneter verhaftet.

Sosnowice, 12. September. Der polnische sozialistische Abgeordnete des Warschauer Sejms Stanczyk wurde hier verhaftet. Stanczyk ist Führer des sozialistischen Zentralverbandes der Bergarbeiter des Industriereviers Dombrowa und Krakau.

Die amtliche Begründung der Verhaftungen.

In Angelegenheit der Verhaftung der ehemaligen Abgeordneten wurde folgendes amtliche Communique herausgegeben:

„Im Verlauf der verflossenen Sejmsession haben die Sicherheitsbehörden mehrere Vergehen krimineller und politischer Natur registriert, welche durch die Sejmabgeordneten verübt wurden. Mit Rücksicht auf den Artikel 21 der Konstitution, betreffend die Immunität der Abgeordneten, war ein gerichtliches Einschreiten in dieser Angelegenheit unmöglich oder ständg erschwert. Die Anträge um Auslieferung der Abgeordneten an die Gerichte wurden nicht in den bestimmten Terminen durchgeführt, oder wurde die Angelegenheit abschlägig beschieden, wie dies im letzten Falle stattfand z. B. beim Abgeordneten Dworczan, welcher auf die Polizeifunktionäre schoß und verhaftet worden war. Auf Antrag des Sejmmarschalls wurde Dworczan jedoch auf freien Fuß gesetzt.

Infolge Erlöschens der Abgeordnetenmandate haben die Behörden die Verfolgung der während der Sejmkadenz begangenen Vergehen wieder aufgenommen.

Auf dieser Grundlage wurde am 10. ds. M. die Verhaftung der ehemaligen Abgeordneten angeordnet, welche kriminelle Verbrechen begangen haben (Diebstahl, Betrügerei, Aneignung usw.) sowie solcher politischer Natur (Schießen auf die Polizei, Aufrufung zu Gewaltmaßnahmen und zum Ungehorsam gegen die Behörden, antistaatliche Vergehen u. s. w.)

Der Artikel 100 des russischen Strafgesetzes, nach welchem sich die verhafteten Abgeordneten zu verantworten haben, lautet: „Derjenige, der sich eines Anschlages auf den grundsätzlichen Organismus des Staates oder auf das gesamte Staatsterritorium schuldig macht, unterliegt einer schweren Kerkerstrafe.

Wenn ein derartiger Anschlag ohne Anwendung außerordentlicher Mittel festgestellt wurde, unterliegt der Schuldige einer schweren Kerkerstrafe bis 15 Jahre.

Wenn der Anschlag darauf ausging, einige Regierungsmitglieder ohne Aenderung des grundsätzlichen Staatsorganismusses durch andere Personen zu ersetzen, so unterliegt der Schuldige einer Bestrafung mit schwerem Kerker von 10 bis 15 Jahren.

Als Anschlag wird verstanden sowohl die Durchführung als auch der Versuch desselben“.

Der Arikel hat 15 Ausführungsbestimmung, welche auch sogar die Todesstrafe aussprechen.

Die Advokatenkammer in Warschau nicht aufgelöst

In Kreisen der Anwälte wurde das Gericht verbreitet, daß die Advokatenkammer infolge der Ueberschreitung ihrer Kompentenzen aufgelöst werden solle. In den Statuten der Advokatenkammer befindet sich ein Absatz, der besagt, daß das Ministerium des Innern diese Institution im Falle der Ueberschreitung ihrer Kompentenzen auflösen könne.

Verhaftung eines Sozialistenführers in Krakau.

Wie wir erfahren, hat die Krakauer Polizei auf dem Bahnhof in Krakau den Sozialistenführer Dr. Romuald Szumski in dem Augenblick verhaftet, als er mit einem Zuge aus Tarnow angekommen war. Die Verhaftung erfolgte in Verbindung mit der am Mittwoch in Tarnow stattgefundenen Demonstration.

Vorbot der Straßendemonstrationen in Warschau und Kattowitz am 14. September.

Die Administrationsbehörden haben sämtliche Demonstrationen und Tagungen auf öffentlichen Plätzen und Straßen in Warschau am 14. September verboten. Versammlungen und Tagungen können nur in geschlossenen Sälen nach vorheriger Anmeldung bei der Polizei stattfinden.

Auf Anordnung des Innenministeriums sind für den kommenden Sonntag für ganz Ostoberschlesien alle öffentlichen Kundgebungen und Versammlungen unter freiem Himmel verboten. Besondere Ueberwachungsmaßnahmen werden für die kommunistische Bewegung getroffen. So stehen die beiden kommunistischen Abgeordneten des schlesischen Sejm unter ständiger polizeilicher Bewachung.

Nachklänge der Agrarkonferenz.

In einer Publikation des Belgrader Ministeriums für Handel und Industrie werden die Beweggründe, die zur Einberufung der Warschauer Konferenz Anlaß gaben, sowie die Ergebnisse dieser Konferenz in ausführlicher Weise dargelegt.

Als die wichtigsten Beweggründe werden angeführt: die Erkenntnis, daß die landwirtschaftliche Krise eine der wesentlichsten Ursachen der allgemeinen Krise der europäischen Wirtschaft sei; das die Agrarländer eine progressive Verarmung nur durch Herstellung des Gleichgewichtes zwischen Ausfuhr und Einfuhr verhindern können; daß die diesbezüglichen isolierten Bemühungen einzelner Agrarstaaten nur ungenügende Resultate ergeben können; daß die Zusammenarbeit der interessierten Agrarstaaten die beschlossenen wünschenswerten gegenseitigen Sonderübereinkommen, sowie eine erfolgreiche Vertretung legislativer gemeinsamer Interessen erleichtern werden; daß die unbegrenzte Konkurrenz der Agrarstaaten die akute Wirtschaftskrise nur verstärkt und das regionale Uebereinkommen die erste Etappe auf dem Wege zur allgemeinen Anpassung der Wirtschaftspolitik aller europäischen Staaten sei.

Das positive Ergebnis der Warschauer Konferenz ist nach dieser amtlichen Publikation die Verständigung der beteiligten Agrarstaaten über die gemeinsame Aktion für die Wahrung der gemeinsamen Ausfuhrinteressen. Die Aktion selbst soll sich erstrecken auf die Vereinheitlichung der Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte, besonders von Zerealien, auf die Aufhebung direkter und indirekter Exportprämien durch eine internationale Konvention im Einvernehmen mit dem Völkerbunde, auf den ehesten Abschluß einer internationalen Veterinärkonvention, auf die Regelung der Frage der Agrarkredite durch eine gemeinsame Finanzkommission und auf die Schaffung eines ständigen Studienkomitees, bzw. auf eine ständige Zusammenarbeit der interessierten Agrarstaaten untereinander und mit dem Völkerbunde, dem Internationalen Institut in Rom und der Internationalen Wirtschaftskommission in Paris. Nach dem Beschlusse der Warschauer Konferenz wurden sämtliche von der Konferenz gefaßten Resolutionen dem Generalsekretariat des Völkerbundes zur Kenntnis gebracht.

Äußerungen des lettischen Ministerpräsidenten.

Ein Vertreter der „R. R.“ hat sich an den Ministerpräsidenten Zelmin mit der Bitte gewandt, sein Urteil über die Teilnahme Lettlands an der Warschauer Konferenz mitzuteilen. Die Antwort des Ministerpräsidenten läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

Lettland habe gar nicht anders können, als sich an dieser Konferenz zu beteiligen. Bisher habe man den Sorgen der Landwirtschaft in der Welt zu geringe Aufmerksamkeit geschenkt. Erst die allgemeine Krise der Landwirtschaft habe zu der Erkenntnis geführt, daß die gemeinsame Not auch gemeinsame Abhilfe erfordere. Da nun auch Lettland unter einer Landwirtschaftskrise leidet, so hätte man der Regierung Lettlands den schwersten Vorwurf daraus machen können, wenn sie eine Gelegenheit, über die Abhilfe der landwirtschaftlichen Nöte mit Vertretern anderer Staaten zu beraten nicht ausgenutzt hätte. Wenn statt Polen ein anderer Staat, etwa Estland, Finnland oder Litauen die Initiative zu einer solchen Konferenz ergriffen hätte, so hätte Lettland nach seiner Ansicht ebenso die Pflicht gehabt, einer solchen Einladung Folge zu leisten, wie im gegebenen Falle. Auch bei den Verhandlungen im Völkerbunde würden die Beschlüsse einer Konferenz schwerer ins Gewicht fallen, als die eines einzelnen Staates. Um so mehr könne man das sagen, als nach Ansicht des Ministerpräsidenten, die von der Konferenz herausgearbeiteten Richtlinien weit mehr positive Resultate ergeben haben, als man bei der Kürze der Zeit erwarten konnte. Die Beteiligung Lettlands an der Konfrenz politisch deuten zu wollen, sei unbegründet. Nach wie vor stehe die lettische Regierung auf dem Standpunkte, daß sie mit allen übrigen Nachbarn ein ebenso gutes Verhältnis aufrcht zu erhalten bemüht sei, wie Polen.

Was aber die Frage anbelangt, ob Lettland darauf hätte dringen müssen, daß auch Sowjetrußland und Deutschland zu dieser Konferenz eingeladen werden, so sollte man nicht vergessen, daß sich Lettland durch Aufstellung einer solchen Forderung weit mehr für diese Konferenz engagiert hätte, als es denen erwünscht sein könnte, die gegen eine Beteiligung Lettlands an der Konferenz seien. Das die lettische Regierung dafür eingetreten ist, auch Litauen zu dieser Konferenz hinzuzuziehen, habe seinen Grund darin, daß Litauen gemeinsam mit Finnland und Estland zu den Baltischen Staaten im engeren Sinne gehöre. Aus diesem Grunde sei es auch höchst bedauerlich, daß Litauen sich nicht in der Lage gesehen hätte, die Konferenz zu beschicken. Wenn von sozialdemokratischer Seite die Behauptung aufgestellt würde, daß durch die Beteiligung Lettlands an der Warschauer Konferenz die Handelsvertragsverhandlungen mit Litauen leiden könnten, so scheine dem Ministerpräsidenten dieser Einwand nicht stichhaltig. Entweder würden diese Verhandlung aus sachlichen Interessen zu einem guten Ende kommen, oder in keinem Falle zu einem Resultate führen.

Behaupten zu wollen, daß die Warschauer Konferenz eine Spitze gegen Sowjetrußland gehabt hätte, sei ein Ammenmärchen, an das wohl im Ernste keiner glauben könnte. Lettland wünsche nach wie vor zu Sowjetrußland in guten Beziehungen zu leben und würde sich daher an keinen konspirativen Beratungen gegen Sowjetrußland beteiligen.

Eine schwierigere Frage sei zurzeit das Verhältnis Lettlands zu Deutschland. An sich sei es gewiß das gute Recht Deutschlands, alles zu tun, um seine eigene Landwirtschaft zu schützen, doch habe die lettische Regierung ebenso die Pflicht, für die Interessen Lettlands einzutreten. Da Deutschland das Land sei, das am meisten nach Lettland importiere, so müsse Lettlan dauch auf eine Berücksichtigung seines Imports nach Deutschland dringen und daher von Deutschland Entgegenkommen erwarten.

Die heutige Genfer Vollversammlung.

Genf, 12. September. Als erster Redner sprach in der heutigen Vollversammlung des Völkerbundes der holländische Außenminister Beelaerts van Blokland, der zusammenfassend feststellte, das auf den verschiedensten Gebieten insbesondere dem der Abrüstung, keine Fortschritte zu verzeichnen seien. Die europäische Zusammenarbeit müsse so gestaltet werden, daß die Interessen der einzelnen Staaten mit denen der Allgemeinheit zusammenfallen. Die holländische Regierung vertraue darauf, daß die Novembertagung des Verwaltungsausschusses die letzte vor der allgemeinen Abrüstung sein werde. Der holländische Außenminister schloß mit einer eindrucksvollen Paraphrase, daß der Artikel 19 der Völkerbundssatzung bestimmt, daß unanwendbar gewordene Verträge und Situationen, die den Frieden der Welt gefährden von Zeit zu Zeit einer Nachprüfung unterzogen werden sollen. Auf Grund unserer bisherigen Erfahrungen, so erklärte er, hätte man diesen Artikel wahrscheinlich so formuliert das unanwendbar gewordene Nationalismen und wirtschaftliche Auffassungen, die den Frieden der Welt gefährden, revidiert werden müssen. Er sprach die Hoffnung aus, daß der Völkerbund über alle Hindernisse, die ihm auf dem Wege zum wahren Frieden entgegengestellt werden, triumphieren werde.

Die Abrüstungsfrage in Genf.

Genf, 12. September. Die Abrüstungsfrage die schon in der augenblicklichen allgemeinen Aussprache der Völkerbundsversammlung von sämtlichen Rednern in die Debatte gezogen worden ist, wird voraussichtlich in der zuständigen Kommission des Völkerbundes zu eingehenden Erörterungen führen. Wie der Präsident der Vollversammlung mitteilt, hat die holländische Delegation heute beantragt, den Teil des Jahresberichtes des Generalsekretärs, der sich mit der Abrüstung beschäftigt, der Kommission zu überweisen.

Rede des dänischen Außenministers in Genf.

Genf, 12. September. Der dänische Außenminister Munch brachte in seiner heutigen vor der Vollversammlung gehaltenen Rede im Namen der Regierungen der anderen Länder, Schweden, Lettland, Finnland, Norwegen, der Schweiz, Estland und Dänemark den Antrag ein, daß die Völkerbundsversammlung angesichts der Meinungsverschiedenheiten über die Meistbegünstigungsklausel den Rat auffordern soll, zu früpfen, wie die seit längerer Zeit im Völkerbund beginnende Arbeit zur Herbeiführung einer internationalen Regelung der Fragen der Meistbegünstigungsklausel beschleunigt werden könnte. Zur Begründung dieses Antrages wies Minister Mrunch darauf hin, daß die Meistbegünstigungsklausel alle allgemeinen Konsolidierungen gegenüber einem anderen Lande bedeute, da es nicht schwierig sei, einen Vertreter dieses Landes auf diese Konsolidierung herbeizuführen, sähen sich die Staaten die ihre Zolltarife erhöhen möchten ,nicht veranlaßt, im Geltungsbereiche der Meistbegünstigungsklausel sich einzuschränken. Das nehme der Klausel jeden Wert. Es muß unverzüglich eine Konvention ausgearbeitet werden, die im einzelnen wesentliche Fragen im Bereich der Meistbegünstigungsklausel festlegt.

Der dänische Außenminister ging im weiteren Verlauf seiner Rede auf die Abrüstungsfragen ein. Er empfahl die Berücksichtigung des Vorschlages der interparlamentarischen Union, die mit beiden sich gegenüberstehenden Auffassungen über den Ausgangspunkt der Ausrüstungen in dem Sinne zu kombinieren, daß sowohl die gegenwärtigen Rüstungen, der einzelnen Staaten, als auch die aus den allgemeinen Verhältnissen sich ergebenden Tatsachen berücksichtigt werden müßten. Eine gewisse Organisierung der europäischen Zusammenarbeit sei schon im Interesse der Verwirklichung der Ziele des Völkerbundes eine Notwendigkeit. Für den Erfolg dieser Zusammenarbei sei es aber Voraussetzung, daß sie den wirklichen Paneuropacharakter tragen.

Der Südafrikanische Premierminister General Hertzog legte sodann die Einstellung seines Landes zum Völkerbund dar indem er auf die besonderen wirtschaftlichen und geographischen Verhältnisse Südafrikas verwies, die für eine Ratifizierung der im wesentlichen auf de europäischen Staaten zugeschnittenen Konvention sich erstrecken. Trotzdem seien sich die Afrikaner der Notwendigkeit einer intensiven Mitarbeiter im Völkerbund bewußt. Ausdrücklich verweilte General Hertzog bei der Mandatsfrage. Er benutzte diese Gelegenheit um sich dagegen zu wenden, daß im Völkerbund gewisse theoretische Fragen zum Beispiel der ständige Charakter der Mandate und die Frage der Souveränität erörtert werden, wobei man nur sachliche Fragen schaffen und die Zusammenarbeit mit Afrika mit der Mandatskommission vereinige. General Hertzog gab die Versicherung ab, daß sein Land keine Befugnisse oder Tatsache gewählt, gegen die Bestimmungen des Mandats. Er bestrebe sich die loyale Zusammenarbeit mit dem Völkerbunde zu erhalten. Zum Schlusse gab er der Besorgnisse Südafrikas über die bestehendend Rüstungen Europas Ausdruck.

Antrag Briands in Genf.

Genf, 12. September. Der französische Außenminister hat gestern beim Präsidenten der Bundesversammlung offiziell den Antrag gestellt, die Entschließung, die die Vertreter der europäischen Staaten am 8. September zur Frage der europäischen Föderation angenommen haben, auf die Tagesordnung der Bundesversammlung zu setzen. Er hat dem Präsidenten Titulescu die Entschließung mit einem Brief überreicht, der folgenden Wortlaut hat: Die dem Völkerbund angehörigen Vertreter der europäischen Staaten haben am 8. September in Genf eine Konferenz abgehalten. Nachdem sie von den Ergebnissen der Umfrage über die Organisierung einer europäischen Föderation, Kenntnis genommen haben, wurde beschlossen, die Frage auf die Tagesordnung der Bundesversammlung zu setzen. Gemäß dem Auftrag den Sie mir erteilt haben, beehre ich mich Ihnen den Text der Entschließung zuzustellen, die sie zu dieser Frage angenommen haben.

Der Kampf der Regierung mit der Arbeitslosigkeit.

Der Ministerrat hat die Erhöhung der derzeitigen Summe für Arbeitslosenunterstützung im laufenden Budgetjahr um 15 Millionen Zloty erhöht und dadurch den Fond des Ministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge bedeutend gestärkt. Im laufenden Jahre wurde eine staatliche Hilfe für die Arbeitslosen im Betrage von 57 Millionen Zloty gewährt. Bis zur Zeit wurden aus dem diesjährigen Budget für die Arbeitslosen 42 Millionen Zloty angewiesen.

Die Regierung führt einen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in dem sie unmittelbar die Belebung der Inlandsproduktion durch Bestellungen für die Industrie hebt. Gleichzeitig wird für die vorübergehende arbeitslosen Personen, die keinerlei Verdienste aufweisen, eine finanzielle Hlfe gewährt. Die Regierungsaktion wird sicherlich auch für den Herbst und den Wnter erweitert, da infolge der Beendigung der Wohnbau- und Straßenbausaison die Arbeitslosigkeit wahrscheinlich höher sein wird.

Verhaftung von Kommunisten in Aegypten.

In Aegypten sind vier ausländische Kommunisten verhaftet worden. Nach einer Meldung aus London sollen die Verhafteten im Auftrage der russischen kommunistischen Partei die Einrichtung einer kommunistischen Propagandazentrale in Kairo geplant haben. Bei den festgenommenen Kommunisten seien England feindliche Schriften vorgefunden worden.

Englische Stimmen zu Briands und Hendersons Rede.

London, 12. September. „Daily Telegraph“ schreibt in einem Leitartikel: Briand habe gestern bei der Unterbreitung seines Vorschlages eingestanden, daß seine Absichten zur Verwirklichung seines Unternehmens gescheitert seien.

Times berichtet aus Genf: Es zeigt sich bald, daß Briand in seiner Doppelrolle nicht ganz richtig war, weder im Spiel noch im Verhalten, schnitt seine Rede günstig ab. wenn man sie mit der Rede vergleicht, die die Versammlung von ihm zu hören gewohnt ist.

„Daily Herald“ führt in einem Leitartikel aus: Henderson Rede war ein Appell an den Völkerbund und an die Regierungen. Das wichtigste in seiner Rede ist die Forderung daß die Abrüstungskonferenz für das nächste Jahr einberufen werde. Der Völkerbund ist an einem kritischen Augenblick angelangt.

Der Genfer Korrespondent des „Daily Herald“ nennt die Rede Briands eine tiefe Enttäuschung.

Tiere gehen zum Arzt

Von Carl Marilaun

Der Patient heißt Bully.

Auch ein ſo ſchöner Name wie Bully ſchützt nicht davor, eines Tages in die Klinik zur Behandlung gebracht zu werden! Uebrigens iſt das ein Mißgeſchick, das Bully weit weniger aufregt als ſeinen Beſitzer. Bully iſt nämlich kein wehleidiger Menſch, ſondern ein ſtachelhaariger Fox. Er trägt um den Bauch zwei Taſchentücher als Notverband und wedelt, freundlich lächelnd, mit dem elegant geſtutzten Schwanzſtummel, indes ſein Herr die erſchütternde Geſchichte von der Karambolage ſeines Lieblings mit einem Laſtauto erzählt. Das Laſtauto hat ſich unbeſchädigt aus dem Staube gemacht, und Bully wird nur einige Tage lang die Tierklinik aufſuchen müſſen.

Die ſich hier in Begleitung ihrer Kanarienvögel, Bullys und Angorakatzen einfindenden Leute beſtehen ausnahmslos aus „Herrchen“ und „Frauchen“, die ſich im Wartezimmer erſchütternde und ſehr lange Geſchichten vom unverdienten und mit rührender Geduld ertragenen Leiden ihrer Lieblinge erzählen. Der Tierwelt ganzer Jammer könnte einen anfaſſen, wenn man erfährt, daß auch die reinraſſigſten Schäferhunde nicht vor der Staupe bewahrt bleiben, daß Bullys mir nichts dir nichts zwiſchen zwei Eckſteinen Verkehrsunfälle erleiden, daß Legehühner infolge eines Choks unbekannter Herkunft eines Tages keine prima Eier mehr hervorzubringen vermögen, und Kanarienvögel, die geſtern noch ſchmetternd ſangen, heute den Pips haben.

Die ins Sprechzimmer führende Tür öffnet ſich, und der Arzt, im weißen Kittel, ruft den nächſten Patienten hinein. Kein Menſch könnte es dem Herrn Doktor anſehen, daß er vielleicht größere Sorgen, als die nicht zufriedenſtellend verlaufene Mau-



ſerung eines Edelrollers oder die Bleſſur des Schnauzers Bully hat. Mit unerſchütterlicher Geduld läßt er ſich den Verlauf von Bullys Unfall berichten. Dann bewirbt er ſich um Bullys Sympathie. Denn es gehört zu den Eigenſchaften der Schnauzer, daß ſie der ärztlichen Wiſſenſchaft mit eingeklemmtem Schweif gegenüber ſtehen, und ihre ablehnende Haltung erſt aufgeben, wenn ſich der Arzt in den Geruch eines „guten Herrchens“ zu ſetzen verſteht. Der beſte Ambulatoriumsarzt iſt infolgedeſſen immer derjenige, der zuerſt die Idioſynkraſien und Komplexe ſeiner Patienten erforſcht, und ſich dann erſt ihre Zunge zeigen läßt. Man muß das Vertrauen einer Angorakatze gewonnen haben, wenn man ſich vermeſſen will, ihre Staupe zu kurieren. Mit einem Wort: Nur ein gutes Herrchen kann ein erfolgreicher Tierarzt ſein!

Pferde in der Ordination.

Auch das feinſte Hündchen iſt nicht immer ein reizender Patient. Pferde ſind es faſt immer. Mit gelaſſenem Gleichmut erleiden ſie, was des Lebens Unverſtand ihnen antut. Und mit demſelben Gleichmut be-



„Bitte die Zunge recht weit hinaus!“

geben ſie ſich in die Behandlung eines Arztes, auf deſſen — einem Pferdegehirn nicht ohne weiteres einleuchtende — Bemühungen ſie nur ganz ſelten mit Beißen oder Ausſchlagen der Hinterbeine reagieren. Da trabt zum Beiſpiel, mit tief geſenktem Kopf, ein Gaul mit einer großen, offenen Fleiſchwunde heran. Die Deichſel eines Wagens iſt ihm in die Seite gefahren, und es muß zunächſt feſtgeſtellt werden, ob das Tier nicht auch innere Verletzungen erlitten hat. Zuerſt wird die Temperatur gemeſſen, dann wird der Gaul vorſichtig abgeklopft, und eine Rippe nach der anderen genau unterſucht. Schließlich muß er, ob er will oder nicht, die Schnauze aufmachen, und die Schleimhäute des Maules unterſuchen laſſen. Alſo, außer der unangenehm ausſehenden, aber leicht zu behandelnden Fleiſchwunde



„Der Angsttraum des Tierarztes.“

hat das Tier keinen beſonderen Schaden davongetragen, und der Beſitzer, ein Kutſcher mit vorgebundener blauer Schürze, atmet erleichtert auf. Zärtlich klopft er dem Tier beide Hinterteile ab, indeß der Aſſiſtent die Wunde mit Jod einpinſelt.

Uebrigens ſind keineswegs alle hierher gebrachten Pferde krank. Viele müſſen ſich nur der ſogenannten Kaufunterſuchung unterziehen. Das Pferd ſoll den Beſitzer wechſeln, und um beim Verkauf keine Anſtände zu haben, holt ſich der Verkäufer ein Atteſt über den Geſundheitszuſtand ſeines Tieres. Die Unterſuchung iſt ſehr eingehend. Lunge, Herz, Nieren, Sehnen, Hufe und Augen werden geprüft, auch die Gangart des Tieres muß genau ausprobiert werden. Ganz beſonderes Augenmerk richtet man darauf, ob das Tier auch nicht an Hufkrebs leidet. Das iſt eine verhältnismäßig häufig vorkommende Krankheit, deren Erreger man nicht kennt, und über deren Heilmethoden die Aerzte ſich noch nicht ganz einig ſind.

In der Schönheitsklinik.

Starker Betrieb herrſcht immer in der Abteilung, in der die Klauenkorrekturen vorgenommen werden. Die Mehrzahl der Patienten beſteht hier aus Kühen, deren Klauen nicht ſo gewachſen ſind, wie es den für Kühe gültigen Schönheitsgeſetzen entſpricht. Die Tiere werden alſo nach allen Regeln der Kunſt pedikürt, weniger aus Gründen der Aeſthetik allerdings, als weil normal wachſende Klauen erfahrungsgemäß einen großen Einfluß auf die Milchſekretion der Tiere haben.

Auch Mängel an den Hufen der Pferde müſſen beſeitigt werden. Mit ſchlechtgewachſenen Hufen gehen die Pferde nicht ordentlich, ſie ermüden leicht und ſchlagen ſich an den Feſſeln, was oft Wunden oder Sehnenentzündungen zur Folge hat. Die Hufe müſſen alſo ſorgfältig und regelmäßig zurechtgeſtutzt werden, oft iſt auch ein orthopädiſcher Beſchlag notwendig. Aus Eitelkeit gehen Pferde und Kühe nicht in den Schönheitsſalon. Aber im Grunde verhält es ſich bei den Tieren nicht anders, als bei den Menſchen: Je augenerfreuender ſie ſich präſentieren, deſto geſünder ſind ſie!

Die „Bettlägerigen“.

Da haben wir zunächſt das Pferdeſpital. Licht und luftig iſt es hier. In langer Reihe ſteht Pferd neben Pferd in den peinlich rein gehaltenen Boxen. Manche, deren Beine dick bandagiert ſind, leiden an einer Verletzung oder Entzündung der Sehnen. Andere wieder haben Rißwunden von einer nicht ganz harmlos abgelaufenen Karambolage. Die Wunde iſt genäht und eingepinſelt. Der Schwanz wird auf die Seite gebunden, damit das Tier nicht mit ihm auf die noch unverheilte Wunde ſchlagen kann. Einem Gaul wird gerade Medizin eingeflößt. Vier ſtarke Männer ſind nötig, um den Schlauch mit der Arznei in den Schlund des Tieres einzuführen.

Im Saal nebenan liegt auf einer Strohſchütte ein gefeſſeltes Pferd. Das Tier wird gerade operiert. Es iſt örtlich narkotiſiert worden und liegt nun ganz ſtill. Eine Schar junger Studenten der tierärztlichen Hochſchule ſieht aufmerkſam der Operation zu. Es iſt ſo ſtill in dem Saal, als ob ein Menſch hier in ſeiner ſchweren Stunde läge und nicht „nur“ ein Tier, deſſen Schickſal ſich binnen einer halben Stunde entſchieden haben wird.

Viel lauter geht es in dem Hundeſpital zu. Den Eintretenden empfängt ein ohrenzerreißendes Gekläff. Hunde ertragen das Krankſein nicht mit abgeklärter Ruhe. Selbſt im Gipsverband begrüßen ſie den an ihre Box Tretenden mit neugierigen, klagendem, freudigem, jedenfalls aber frenetiſchem Gebell. Die meiſten von ihnen ſind ausnehmend ſchöne Tiere, und gerade damit hängt auch ihr Aufenthalt im Hundehoſpital zuſammen. Bei hochgezüchteten Hunden, namentlich bei großköpfigen Raſſen, geht das Werfen des Nachwuchſes oft nur mit ſchweren Komplikationen vor ſich. Es iſt alſo ratſam, die teuren Tiere, wenn ſie trächtig ſind, unter ärztliche Aufſicht zu geben. Ein kleiner, goldbrauner Dackel kommt freundlich wedelnd zum Gitter, und ſieht den Beſucher mit einem rührend treuherzigen Blick an. Merkwürdig iſt ſeine ſchiefe Kopfhaltung. Er leidet an einer Störung des Gleichgewichtsſinnes, die bei dem in der Box nebenan liegenden Huhn noch weiter fortgeſchritten iſt. Der Kopf dieſes armen Tieres iſt ganz ausgerenkt. Der Kamm berührt den Boden, und fortwährend pendelt der Kopf hin und her — ein unheimlicher Anblick. Harmloſerer Art iſt die Erkrankung des kleinen Terriers, der mit dem Leichtſinn ſeiner Jugend etwas Unverdauliches geſchluckt hat, und jetzt, bitterlich weinend, greuliche Mixturen einnehmen muß, bis man ihm ſeiner freude-



ſtrahlenden Beſitzerin wieder zurückgeben kann.

Am wenigſten zu klagen haben die Kühe, die in einem abgegrenzten Hof friedlich ſpazieren gehen. Es ſind ſchöne, geſunde Tiere, die als Studienmaterial gekauft und hier behalten werden, bis ſie gekalbt haben. Sie werden tadellos verpflegt, haben herrliche Ställe. Sie müſſen es ſich nur gefallen laſſen, daß ihnen beim Werfen 20 Studenten höchſt intereſſiert zuſchauen werden. Aber eine Kuh geniert ſo etwas nicht. Und ſpäter, wenn ſie längſt an einen Bauer verkauft worden iſt, wird ſie wahrſcheinlich mit Wehmut an die Tage einer goldenen Jugend zurückdenken, in denen ſie als Demonſtrationsobjekt und Studienkuh die Tierärztliche Hochſchule abſolviert hat.

Spione am Werk

Immer noch ungenügende Spionageabwehr in Deutſchland.

Der nachfolgende Aufsatz unseres militärischen Mitarbeiters, der sein Wissen aus einer Quelle schöpft, die den zuständigen amtlichen Stellen sehr nahe ist, schildert in eindrucksvoller Weise die Bedeutung und die Gefahr des ausländischen Spionagedienstes für Deutschland.

Es gibt in Deutſchland noch immer große Optimiſten, die behaupten: „Ausländiſche Spionage? So etwas gibt es in Deutſchland überhaupt nicht. Das alles iſt nur eine Erfindung allzu Aengſtlicher.“

Ach, wenn dieſe Optimiſten recht hätten! Der Reichswehrleitung und den deutſchen Kriminalbehörden bliebe viel Kopfzerbrechen erſpart! — Denn in der Tat gibt es heute für Deutſchland eine außerordentlich große Spionagegefahr, eine Gefahr, die ſich im Vergleich zur Vorkriegszeit vervielfacht hat. Ein paar Zahlen mögen das beweiſen. In den Jahren von 1902 bis 1913 wurden in ganz Deutſchland wegen Landesverrates und wegen Verrates militäriſcher Geheimniſſe 107 Perſonen verurteilt, in den Jahren 1919 bis 1927 dagegen 1132 Perſonen. Die Zahl der abgeurteilten Spionagefälle hat ſich alſo im Vergleich zur Vorkriegszeit mehr als verzehnfacht; in neun Nachkriegsjahren wurden faſt elfmal ſo viel Spionage-Verurteilungen ausgeſprochen, wie in zwölf Jahren vor dem Kriege. Dabei iſt zu berückſichtigen, daß ein erheblicher Teil der Strafverfahren durch das Londoner Abkommen von 1924 nicht zur Aburteilung gekommen iſt, und daß die in Deutſchland tätigen, berüchtigten Kontrollkommiſſionen der Alliierten in großem Umfang amtlich Feſtſtellungen machen konnten, die eine Spionagetätigkei erübrigten. Bei vorſichtiger Schätzung kann man alſo annehmen, daß die Spionagetätigkeit des Auslandes ſich im Vergleich zu der Vorkriegszeit verzwanzigfacht hat, und das Beängſtigende iſt, daß ſeit dem Jahre 1927, dem Jahre alſo, in dem die Berechnungen des Statiſtiſchen Reichsamtes abſchließen, die Spionagenfälle weiter zugenommen haben. Mehr als 200 Spionageverurteilungen im Jahr — das heißt auf Deutſch: ungefähr jeden zweiten Tag wird in Deutſchland ein Angeklagter wegen Landesverrates oder Verrates militäriſcher Geheimniſſe verurteilt! Eine Tatſache, zu der jeder Kommentar überflüſſig iſt.

Auch augenblicklich wieder werden vor dem Reichsgericht in Leipzig, der einzigen zuſtändigen Inſtanz für Spionageangelegenheit, Landesverratsfälle größten Umfanges verhandelt. Aber die Oeffentlichkeit hört außerordentlich ſelten von dieſen Gerichtsverhandlungen. Denn wenn ſich auch gegenwärtig über uns eine Hochflut von Spionageliteratur aller Art ergießt, über rein ſachliches, aktuelles Material verfügt die Preſſe außerordentlich wenig. Denn die Säle, in denen die Richter des Leipziger vierten Straſſenates in ihren roten Roben verhandeln, ſind dicht verſchloſſen, die Oeffentlichkeit iſt im Staatsintereſſe ausgeladen, und kaum jemals dringt ein Wort des dort Geſprochenen über die Gerichtszimmer hinaus. Das Intereſſe, das die Reichsrichter an der Geheimhaltung der Verhandlungen haben, geht ſo weit, daß ſogar von den Verteidigern der wegen Spionage Angeklagten die Akten unverzüglich nach Einſicht zurückgefordert werden.

Weshalb, ſo fragen ſich viele, ſoll in unſerem Heer, das ſo viel kleiner iſt, als die Armee vor dem Kriege, mehr Spionage getrieben werden als damals? Dieſe „Inflation der Spionage“ hat mehrere Gründe. Einmal iſt ſie auf die Erkenntnis der Alliierten zurückzuführen, daß vor dem Kriege zu wenig Spionage getrieben wurde, das heißt, daß bei Kriegsausbruch die Verbündeten nicht genügend darüber orientiert waren, wie die militäriſchen Kräfte in Deutſchland verteilt waren. Dieſem Fehler ſoll jetzt abgeholfen werden. Außerdem beſteht in Frankreich, Belgien, Polen und in der Tſchechoſlowakei, die die hauptſächlichſten Intereſſenten des ausländiſchen Spionagedienſtes ſind, immer noch eine gewiſſe Angſtpſychoſe gegenüber Deutſchland, und ſo tritt, beſonders in letzter Zeit, neben der militäriſchen Spionage die vom Ausland betriebene Induſtrie- und Wirtſchaftsſpionage immer ſtärker in den Vordergrund, wohl im Zuſammenhang mit der Erkundung des „potentiel de guerre“, der im Volke aufgeſpeicherten kriegeriſchen Kräfte. Gleichzeitig erleichtert eine erfolgreiche Wirtſchaftsſpionage es dem Auslande, die deutſche Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt weiter zu beeinträchtigen.

Wie arbeitet nun der ausländiſche Spionagedienſt in Deutſchland? Faſt durgängig mit Agenten! Solche Elemente unter der der deutſchen Bevölkerung zu finden, war ſowohl durch die Beſetzung weiter Gebiete wie durch die Anweſenheit der Kontrollkommiſſion in allen Teilen des Reiches erleichtert. Hinzu kam die große wirtſchaftliche Not, Inflation und Arbeitsloſigkeit mit ihrer Rückwirkung auf den moraliſchen Halt vieler Volksgenoſſen, die politiſche Zerriſſenheit und die Verſchärfung der Gegenſätze innerhalb der deutſchen Bevölkerung. Geſchickt verſtand es der ausländiſche Nachrichtendienſt, alle dieſe Umſtände auszunutzen. Zahlreiche Agenten ließen ſich erſt durch Verſprechungen aller Art ködern und fanden, als man mit den zunächſt verſchleierten Spionageaufträgen klar herauskam, nicht den Mut, abzulehnen. Beſonders kam es dem ausländiſchen Nachrichtendienſt darauf an, ſeßhafte Agenten zu gewinnen, die im Staatsdienſt, in Betrieben und Organiſationen, deren Beobachtung gefordert wurde, bereits tätig waren, oder ſich dort einſchmuggeln ſollten. Leider iſt das auch in allzu großem Maße tatſächlich gelungen.

Bedauerlicherweiſe haben wir, trotz der zahlreichen Spionage-Prozeſſe, den richtigen Weg zur Spionageabwehr noch immer nicht gefunden. Denn es gibt in Deutſchland noch immer keine einheitliche Spionageabwehrſtelle, und die Spionagebekämpfung unterliegt nach wie vor der Polizeihoheit der einzelnen Länder, die einen einheitlichen ſtarken Abwehrkampf unmöglich durchführen können. Dieſer Partikularismus muß endlich verſchwinden, wenn ſich nicht die Auslandsſpionage in Deutſchland zu einer Gefahr auswachſen ſoll, die für das Reichsheer, wie für die deutſche Wirtſchaft das Schlimmſte befürchten läßt.

Wojewodschaft Schlesien.

Prälat Kapica gestorben.

Am Mittwoch abends ist der infulierte Prälat Johann Kapica in Tichau plötzlich gestorben. Noch am Vormittag desselben Tages zelebr'erte er eine heilige Messe. Der Tod ist infolge Herzschlages eingetreten.

Am 2. Februar im Jahre 1866 in der Ortschaft Miedzna, Kreis Pleß, geboren, maturierte der Verstorbene am Gymnasium in Pleß im Jahre 1888 und wurde im Jahre 1892 zum Priester geweiht. Alsdann übernahm er die Leitung der Parochie in Siemianowitz. Im Jahre 1894 wurde er Vikar in der St. Hedwigskirche in Berlin. Im Jahre 1898 übernahm der Verstorbene die Pfarrei in Tichau und leitete sie bis zum heutigen Tage.

Nach dem Plebiszit wurde der Verstorbene als bischöflicher Delegat für Schlesien bestimmt. In demselben Zeitraum wurde er zum päpstlichen Hausprälaten ernannt. Als die schlesische Diözese von dem Kardinalprimas Hlond übernommen wurde, wurde der Verstorbene zum Domprobst des schlesischen Domkapitels ernannt.

Die außerordentlich segensreiche Tätigkeit des Verstorbenen in Oberschlesien bewegt sich insbesondere auf dem Gebiete gegen die Alkoholbewegung. Der Verstorbene war geehrt und geachtet bei den Gläubigen beider Nationalität.

Sowjetrußland kauft 2.500 Tonnen Zink

Die seit längerer Zeit geführten Verhandlungen zwischen Vertretern eigener Industrien in Rußland und Oberschlesien führten zum Abschluß eines Kaufvertrages über 2500 Tonnen Zink für die Sowjetindustrie. Der erste Zinktransport wurde bereits abgesandt.

Bielitz.

Gemeinderatssitzung.

Die am Donnerstag stattgefundene Gemeinderatssitzung wurde vom Bürgermeister Kobiela eröffnet. Die Tagesordnung, welche zum Großteil aus verschiedenen Konzessionsansuchen bestand wurde glatt abgewickelt.

Vor Eingang in die Tagesordnung haben G. R. Dr. Wallach im Namen des polnischen Klubes und G. R. Hönigsmann im Namen des Sozialistischen Klubes Erklärungen gegen die Treviranusrede abgegeben.

Die einzelnen Konzessionsansuchen wurden im Sinne der in Frage kommenden Kommissionen erledigt.

Die vom G. R. Dr. Förster vorgelesenen Namenliste der Mitglieder für die Wahlkommissionen wurde, nach dem sich die einzelnen Klubs vorher verständigt haben, angenommen.

Auf Antrag des G. R. Dr. Robinsohn wird die Rechtssektion, beziehungsweise der Magistrat ersucht, in Angelegenheit der Konzessionsentziehung für die Schießstätte, die notwendigen Schritte einzuleiten, damit keine Fristverjährung eintritt.

G. R. Ing. Wiesner referierte über das günstige Angebot der Wojewodschaft zum Ausbau der Ringstraße. Die Wojewodschaft übernimmt dreiviertel der mit dem Ausbau der Ringstraße verbundenen Kosten, dessen Gesamtausgabe sich auf etwa 180.000 Zloty beläuft. Die Wojewodschaft stellt jedoch die Bedingung, daß die Stadtgemeinde bei der neu anzulegenden Straße die Kanalisation und das Wasserleitungsnetz sowie die Beleuchtung für die Straße ausbaut. Diese Kosten betragen etwa 200.000 Zloty. Der Referent stellt daher den Antrag, der Magistrat möge Schritte unternehmen, um von der Wojewodschaft eine zinslose oder eine niedrigverzinsbare langfristi Anleihe zu erhalten. Der Referent betont, daß von diesem günstigen Angebot unbedingt Gebrauch gemacht werden solle, da ansonsten die Stadtgemeinde nicht in der Lage sein wird, diese Straße auszubauen.

Nach eineinhalbstündiger Dauer wurde die Sitzung geschlossen.

Von der Luftschaukel abgestürzt. Die auf dem Platz vor dem Bielitzer Bahnhof stehende Luftschaukel benützte ein gewisser Karl Drodzik aus Komrowice. Dabei stürzte er von der Luftschaukel herab und zog sich schwere innere Verletzungen zu. Er wurde von der Rettungsstation in das Bielitzer Spital eingeliefert.

Kattowitz

Messerstecher. In den Baracken bei der ul. Krol. Jadwigi 10 in Kattowitz entstand zwischen den Arbeitern Josef Krompiec, Theodor Hayduk und Johann Waliczek eine Schlägerei. Im Verlaufe der Schlägerei hat Hayduk dem Krompiec mehrere Verletzungen durch Messerstiche am Kopfe beigebracht. Der verletzte Krompiec versuchte zu flüchten. Er brach auf der Straße bewußtlos zusammen. Darauf wurde er in das städtische Krankenhaus eingeliefert. Die Polizei hat eine weitere Untersuchung in dieser Angelegenheit eingeleitet.

Verhaftung. Der 21 Jahre alte Rufin Mutz und Georg Garzarzyk, beide ohne ständigen Aufenthaltsort, wurden in Kattowitz wegen einem Wohnungseinbruch verhaftet.

Versuchter Einbruchsdiebstahl. In der Nacht zum 11. ds. M. versuchten unbekannte Diebe, indem sie in der Kellerdecke ein Loch ausstemmten, in das Manufakturgeschäftslokal des Kaufmannes Hermann Haliborn in Siemianowitz einzudringen. Die Einbrecher wurden durch einen Funktionär der Wach- und Schließgesellschaft verscheucht, worauf sie in unbekannter Richtung flüchteten. Am Tatorte wurden zwei Reisetaschen und Einbruchswerkzeuge sowie verschiedene Adreßnotizen von Personen in Warschau und Posen gefunden.

Wohnungseinbruch. In der Nacht zum 10. ds. M. sind unbekannte Diebe, nachdem sie eine Fensterscheibe in der Wohnung des Eisenbahnarbeiters Paul Lis in Slupnia eingedrückt haben, eingedrungen. Die Diebe haben eine größere Anzahl von Herren und Damengarderobe sowie 1200 Zloty Bargeld gestohlen. Die Erhebungen zur Feststellung der Diebe wurden eingeleitet.

Königshütte

Außerordentliche Stadtverordnetensitzung.

Am Mittwoch hat in dem neuen Sitzungssaale des Rathauses eine außerordentliche Stadtverordnetensitzung stattgefunden. Auf der Tagesordnung stand die Wahl der Mitglieder für die Bezirkswahlkommission. Der Ch. D. und der deutsche Klub gingen bei der Abstimmung geschlossen vor. Es wurden gewählt: Dr. Tempka und Strozyk, als Stellvertreter Stempniewicz und Buchwald. Die Kandidaten der Sanacja sind infolge des Korfanty-Deutsch-Blockes bei der Wahl durchgefallen. Ueberdies wurden dann für die einzelnen Wahlbezirke 105 Mitglieder und Stellvertreter gewählt.

Trotzdem noch einige Anträge zur Beratung vorlagen, hat der Stadtverordnetenvorsitzender Strozyk die Sitzung geschlossen.

Ein unaufgeklärter Raubüberfall.

In das städtische Krankenhaus in Königshütte wurde am Mittwoch ein gewisser Kazimierz Chwal mit zehn schweren Kopfverletzungen eingeliefert. Da Chwal einen geistesgestörten Eindruck macht, konnte nicht festgestellt werden, wer der Täter sei. Durch die eingeleiteten Erhebungen wurde festgestellt, daß Chwal am 8. ds. M. vom Militärdienst in Posen entlassen wurde. Es besteht der Verdacht, daß Chwal während der Reise beraubt und verletzt und sodann auf der Bahnstation in Königtshütte aus dem Zug herausgeworfen wurde.

Vermißte Personen.

Der Bauingenieur Albert Bittner, wohnhaft in Königshütte auf der ul. Jacka 4 erstattete die Anzeige, daß am 7. ds. M. seine beiden Söhne der 11 Jahre alte Zdzislaw und der 19 Jahre alte Alexander sich vom Elternhause entfernten und bis zur Zeit nicht zurückgekehrt sind. Zdzislaw ist 120 Zentimeter groß, schwachen Körperbau, blasses längliches Gesicht, Stirn niedrig, Haare blond. Er trug einen grauen Anzug und einen blauen Umhang, sowie eine Studentenkappe und hohe Schnürschuhe. Alexander ist etwa 160 Zentimeter groß, gleichfalls von schwachem Körperbau, Gesicht oval, Haare dunkelblond, abstehende Ohren. Er trug einen grauen Anzug mit kurzen Hosen, und einen grauen Umhang, eine Studentenkappe, Halblackschuhe, graue starke Strümpfe. Mitteilungen, welche zur Feststellung des Aufenthaltsortes der Vermißten dienen können, sind an das nächste Polizeipostenkommando zu richten.

Myslowitz.

Ein Knabe verursacht eine Zugentgleisung. Am Mittwoch in den Nachmittagsstunden entgleisten auf der Eisenbahnstation in Brzezina zwei Waggons eines Güterzuges. Die Erhebungen ergaben, daß die Entgleisung durch den 7jährigen Sohn Georg, des Eisenbahners Georg Par, verursacht wurde. Der Knabe hat einen Hemmschuh auf dem Geleise festgeschraubt.

Motorradunfall. Auf der Chaussee zwischen Myslowitz und Schoppinitz hat der Motorradfahrer Albert Gorski aus Myslowitz den 10 Jahre alten Knaben Gerhard Bielski aus Myslowitz überfahren. Der Knabe erlitt erhebliche Verletzungen am Körper und mußte in das Knappschaftslazarett in Myslowitz übergeführt werden. Durch die Erhebungen wurde festgestellt, daß der Geschädigte an dem Unfall selbst die Schuld trage.

Rybnik

Schlägerei bei einer Hochzeitsfeier. Bei einer Hochzeitsfeierlichkeit, welche im Saale des Gasthausbesitzer Szymura in Denbinskie Wilkie abgehalten wurde, entstand zwischen dem Arbeiter Paul Kopsol und dem Karl Kassza eine Schlägerei. Kopsol hat seinem Gegner drei Messerstiche in den Kopf versetzt. Der Verletzte mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Die Ursache dieses Auftrittes soll die eingeleitete Erhebung feststellen.

Verhaftung. Die Brüder Alois und Wilhelm Rzeznicek wurden wegen eines Gelddiebstahles in Höhe von 560 Zloty, welchen sie im April ds. J. zum Schaden des Gutsverwalters Hegenscheid aus Ornantowic, am Bahnhof in Denbinskie Wielkie, verübt haben, verhaftet. Die Verhafteten wurden den Gerichtsbehörden überstellt.

Fahrraddiebstähle. Aus einem offenen Schuppen wurde zum Schaden des Stanislaus Staszkak in Boronow ein Herrenfahrrad Marke „Rival“ Nr. 664.675 im Werte von 200 Zloty gestohlen. — Vor der Restauration Lubojanski in Lublinitz wurden dem Johann Kluka aus Lubecko ein Herrenfahrrad. Marke „Göricki“ Nr. 972.624 im Werte von 100 Zloty gestohlen.

Theater

Stadttheater in Bielitz.

Am 28. September (Sonntag) wird die neue Spielzeit mit „Minna von Barnhelm oder das Soldatenglück“ Lustspiel in 5 Akten von Lessing eröffnet.

Die Vorstellung ist zugleich eine Gedenkfeier für das 40-jährige Bestehen des Stadttheaters.

Im Spielplan werden dann alle Novitäten des aktuellen Theaters erscheinen. Von Carpenter das Lustspiel: „Vater sein — dagegen sehr“ (das über ein Jahr lang jeden Abend in Berlin gespielt wurde, Repertoirstück des Akademie-Theaters in Wien) „Die Prinzessin und der Eintänzer“ von Engel und Grünwald (dem bekannten Operetten-Librettisten) ebenfalls ein erfolgreichstes Stück des Wiener Akademietheaters. „Konto 10“ das neue Stück von Oesterreicher und Bernauer wird seit 2 Monaten im Josefstädter Theater aufgeführt. „Metternich“ Historie von Hans Saßman. Die Neue Freie Presse schreibt über die Premiere: „Ein glücklicher Griff — glänzende Bühnenfiguren — stürmisch beklatscht. „Der Lügner und die Nonne“ von Kurt Goetz erlebt eben seine zweite Aufführungsserie am Deutschen Volkstheater in Wien. „Im Spiel der Sommerlüfte“ das neue Stück Artur Schnitzlers, „Olympia“ das neue Molnarlustspiel, „Sex Appeal“, das liebenswürdigste englische Lustspiel, von Frederick Lonsdale, der große Erfolg der verflossenen Spielzeit in Berlin, wird jetzt auch im Deutschen Volkstheater in Wien gegeben werden. Nur der Tod Devrients hat seinerzeit die Aufführungen des Burgtheaters abgebrochen. „Die heilige Flamme“ der neue Maugham, eine lange Aufführungszahl in Berlin, dann monatelang am Josefstädter Theater. Ein beispiellos spannendes, menschlich packendes Stück. „Grad Hotel“ das Lustspiel von Paul Frank war der Treffer der Wiener Komödie. „Skandal im Savoy“ von Kelemen, derjenige der Berliner Tribüne. „Ueberfahrt“ von Sutton Vane, ein mit seltsam humoristischen Stimmungen gefärbtes, beseeltes Stück. „Hulla di Bulla“, „Der keusche Lebemann“ Schwänke von Arnold und Bach — über deren Qualitäten nichts neues gesagt werden kann — man lacht, lacht — schrankenlos — bedenkenlos — man lacht sich alle Sorgen weg! — Alle Stücke sind nach jedem Gesichtspunkt mehr als sorgfältig ausgewählt. Die schwere Situation, die ja nicht wegzuleugnen ist, hat eine besonders genaue Auswahl geboten. — In der Wahl der Darsteller ist peinliche Sorgfalt geübt worden. Auch diese Selbstverständlichkeit soll noch ausgesprochen werden.

Beginn der Theater-Abonnement-Einschreibungen.

Die Bielitzer Theatergesellschaft m. b. H. teilt ihren Stammabonnenten mit, daß die Erneuerung der Abonnements für die Spielzeit 1930-31 (28. September 1930 bis 30. April 1931) in der Gesellschaftskanzlei (Stadttheater 1. Stock) vom 10. September in der Zeit von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 3 bis 5 Uhr nachmittags entgegeengenommen wird. Ebenso die Anmeldung neuer Abonnements.

Die Abonnementskarten werden gegen Vorweisung der Abonnements-Bestätigung und Erlag der 1. Abonnementsrate sofort ausgefolgt. Abonnementstage sind Dienstag, Serie gelb, Mittwoch, Serie blau und Freitag, Serie rot.

Bei Gastspielen genießen die Abonnenten gegen Vorweisung ihrer Abonnementskarte an der Tageskasse eine 10-prozentige Preisermäßigung; außerdem steht ihnen zwei Tage vor dem allgemeinen Verkauf für die bezügliche Vorstellung das Vorkaufsrecht zu.

Radio

Samstag, 13. September.

Kattowitz. Welle 408.7: 12.05 Schallplatten, 16.20 Schallplatten, 17.25 Briefkasten, 18.00 Kinderstunde, 19.00 Literarische Viertelstunde, 20.15 Leichte Musik, 23.00 Tanzmusik.

Krakau. Welle 312: 12.10 Schallplatten, 16.15 Schallplaten, 17.35 Kunstgeschichtlicher Vortrag, 18.00 Uebertragung aus Warschau, 19.20 Ein Blick auf die Außenpolitik der vergangenen Woche, 20.15 Uebertragung aus Warschau, 22.00 Uebertragung aus Warschau, 22.30 Schallplatten.

Warschau. Welle 1411.7: 12.10 Schallplatten, 16.20 Schallplatten, 17.35 Briefkasten, 18.00 Kinderstunde, 19.20 Schallplatteneinlage, 19.30 Die Türkei von heute, 20.15 Leichte Musik, 22.00 Feuilleton, 23.00 Tanzmusik.

Breslau. Welle 325: 11.35 Schallplattenkonzert, 13.50 Schallplattenkonzert, 16.15 Blasmusik auf Schallplatten, 18.00 Zehn Minuten Esperanto, 18.30 Heitere Abendmusik, 19.30 Heitere Abendmusik, 20.30 „Taxe 13“. Eine lustige Funkkomödie, 21.30 Humor, gesprochen und gepfiffen.

Berlin. Welle 419: 6.30 Konzert, 14.00 Aus der Oper „Bajazzo“ von Leoncavallo (Schallplattenkonzert), 15.20 Jugendstunde, 16.05 Seltsame Musik des Orients (mit Schallplatten-Beispielen), 16.30 Unterhaltungsmusik, 18.55 Marie von Ebner-Eschenbach, 19.25 Fantasie C-Dur, op. 159, für Violine und Pianoforte, 20.00 Programm der Aktuellen Abteilung, 20.30 Funkhaus in Berlin, ein beweglicher Samstagabend. Danach: Tanzmusik.

Prag. Welle 486.2: 10.30 Schallplattenmusik, 12.10 Landwirtschaftsfunk, 12.20 Preßburg, 13.30 Arbeitsmarkt, 13.40 Handel und Gesellschaft, 15.30 Schallplattenmusik, 16.40 Die Grenzen der menschlichen Erkenntnis, 16.50 Vortrag, 17.00 Mähr.-Ostrau, 18.00 Landwirtschaftsfunk, 18.10 Arbeitervortrag, 18.25 Deutsche Sendung, Prof. Auguste Veidl, Lektorin an der Deutschen Universität in Prag: Zum 100. Geburtstag von Marie von Ebner-Eschenbach, 19.45 Brünn, 22.25 Uebertragung aus dem Restaurant Narodni dum, 23.20 Uebertragung aus dem Grandcafe „Praha“.

Gewinnliste der 21. Staatlichen polnischen Klassenlotterie.

3. Ziehungstag.
(Ohne Gewähr).

15.000 Zł. Nr. 171274.
5.000 Zł. Nr. 109753.
3.000 Zł. Nr. 172864, 179366.
2.000 Zł. Nr. 9988, 70138, 120636, 164525, 186935.
1.000 Zł. Nr. 25922, 37048, 50012, 51680, 56673, 72157, 81505, 103120, 108103, 109763, 129991, 173156, 182226 183641, 186967, 197481.
600 Zł. Nr. 2490, 6875, 6127, 20209, 31090, 41885, 66613, 66965, 67154, 67232, 84508, 88437, 89597, 90568, 97361, 106152, 122315, 124080, 14431, 170772, 175244, 179392, 183839, 191203, 200935.
500 Zł. Nr. 2666, 3442, 4282, 5419, 9187, 14266, 20344, 20931, 22155, 27049, 27073, 28948, 30138, 38146, 39842, 41563, 52267, 54492, 55829, 61628, 65189, 72535, 79279, 81312, 85213, 93228, 100002, 101686, 109855, 115450, 118855, 121056, 123097, 125280, 126191, 128674, 130329, 132808, 132817, 133870, 139762, 141581, 147810, 151911, 155676, 156812, 164140, 165032, 166303, 171770, 176508, 177625, 182193, 184141, 187732, 188767, 193572, 204216, 209549.
15.000 Zł. Nr. 120406.
10.000 Zł. Nr. 62439.
3.000 Zł. Nr. 115186, 157550, 197032.
2.000 Zł. Nr. 62013, 63429, 92813, 131588, 135966, 177015.
1.000 Zł. Nr. 8068, 22393, 134683, 175908, 185976, 195880.
600 Zł. Nr. 54581, 80830, 91127, 91812, 98896, 10480, 123975, 138561, 139725, 141510, 175617, 185987, 191796.
500 Zł. Nr. 4607, 5786, 17597, 20758, 24817, 32134, 35447, 50210, 50342, 50345, 69741, 71263, 75660, 79834, 80835, 81932, 85415, 93795, 98410, 103915, 106424, 109678, 116261, 117879, 120996, 122592, 123848, 126512, 127167, 131158, 132676, 136074, 141335, 142436, 145502, 145648, 146486, 148910, 153871, 154016, 154454, 155037, 159919, 163863, 166512, 169099, 170776, 174212, 175545, 176451, 178598, 180731, 186543, 187583, 188013, 190356, 192129, 193324, 195654, 195898, 196903, 199583, 200196, 205547, 209548.

Was sich die Welt erzählt.

Unwetterkatastrophe in Südfrankreich

Ueber Südostfrankreich gingen heftige Gewitter über Marseille mit schweren Wolkenbrüchen nieder. Dadurch wurde der gesamte Straßenbahnverkehr stillgelegt. Die Eisenbahnverbindung und Telephonverbindung zwischen Marseille und einer anderen ungefähr 80 Kilometer weit entfernten größeren Stadt sind an mehreren Stellen unterbrochen.

Ausbruch des Vulkans Stromboli.

Der Ausbruch des Vulkans Stromboli auf einer süditalienischen Insel hat 5 Tote gefordert, sowie zahlreiche Verletzte. Nach den bisherigen Meldungen sind durch die ausströmende Lava und der mit dem Vulkanausbruch verbundenen kräftigen Erdbeben zahlreiche Ortschaften in der Nähe des Vulkans beschädigt worden. Einige Häuser wurden verschüttet. Der plötzliche Ausbruch des Vulkans soll vom italienischen Festland gut zu beobachten gewesen sein.

Besserung der Lage in Santo Domingo.

In der mittelamerikanischen Republik Santo Domingo soll die Not jetzt etwas gemildert sein die durch die schwere Wirbelsturmkatastrophe verursacht wurde. Wie aus New York gemeldet wird, sind große Mengen von Lebensmitteln in den Unwettergebieten verteilt worden, sodaß die Gefahr einer Hungersnot beseitigt sei. Auch der Ausbruch von ansteckenden Krankheiten sei nicht mehr zu befürchten, da sehr viel Bewohner des Unglücksgebietes geimpft und die Wasserleitungen wieder hergestellt worden sind. Der Kommandant der nordamerikanischen Truppen, die gegenwärtig in der zerstörten Stadt Santo Domingo Aufräumungsarbeiten ausführen, berichtet, daß durch die Wirbelsturmkatastrophe im Staate Santo Domingo insgesamt 2700 Personen getötet und 8000 verletzt worden sind.

Die Niederlassung der Standard Oel Company in Nanning und eine Anzahl Läden wurden von den Aufständischen geplündert. Wie aus Kanton offiziell mitgeteilt wird, wurde Nanning den Aufständischen heute wieder entrissen.

Eine Flugzeugbombe fällt auf ein Spital.

London, 12. September. Wie aus Honkong gemeldet wird, warf ein Flugzeug der Kantontruppen eine Bombe ab, die auf ein Krankenhaus in Nenning (Provinz Kwangsi) fiel und zahlreiche Kranke tötete oder verletzte.

Rundflug der Ozeanflieger.

Die beiden französischen Flieger Costes und Bellonte, denen vor Kurzem der Ozeanflug nach Amerika gelungen ist, wollen in ihrem Flugzeug einen Rundflug durch die Vereinigten Staaten durchführen. Dieser Rundflug, der alle wichtigen Orte berühren soll, wird 35 Tage dauern.

Aufhebung des Bahnschutzes in Saargebiet.

Genf, 12. September. Der Völkerbundsrat hat heute nachmittags die Aufhebung des Eisenbahnschutzes im Saargebiet einstimmig beschlossen.

Die Zurückziehung des Bahnschutzes im Saargebiet.

Zur Frage der Zurückziehung des Bahnschutzes aus dem Saargebiet meldet das halbamtliche französische Nachrichtenbureau, aus Völkerbundskreisen, daß die französische Regierung grundsätzlich nicht gegen die Zurückziehung des Eisenbahnschutzes sei. Die französische Regierung, so will das halbamtliche französische Nachrichtenbureau wissen, würde jedoch die Bedingung stellen, daß die Regierungskommission des Saargebietes sich dazu einverstanden erkläre, die Fortdauer des wirtschaftlichen Lebens im Saargebiet mittels geeigneter Kräfte auf dem Saargebiet selbst zu sichern. Weiter würde die französische Regierung nach der Meldung des halbamtlichen französischen Nachrichtenbureaus die Bedingung stellen, daß die Regierungskommission sich dazu bereit erkläre, nötigenfalls auf die französischen Truppen in der französischen Garnison zurückzugreifen.

Kundgebungen vor der italienischen Gesandtschaft in Prag.

Prag, 12. September. Die Erregung in der Oeffentlichkeit und Presse über die in Triest erfolgten Hinrichtungen dauern an. Die Polizei hat in Parg eine Reihe von geplanten Kundgebungen verboten, die sich überall gegen die italienische Gesandtschaft richteten. Trotzdem ist es heute vor der italienischen Gesandtschaft in Prag zu Kundgebungen dauern an. Die Polizei hat in Prag eine Reihe von die die Fensterscheiben in dem Gesandtschaftsgebäude zertrümmerten nicht verhindern.

Die französische Presse zur Rede des englischen Außenministers.

Die gestrige Rede des englischen Außenministers Henderson auf der Völkerbundstagung in Genf fand bei der französischen Presse wenig Beifall. Einzelne französische Blätter betonen zwar, daß man in Frankreich mit der Rede Henderson zufrieden sein könne, weil Henderson dem Paneuropaplan des französischen Außenministers Briand wenigstens grundsätzlich zugestimmt habe. Ein großes Pariser Nachrichtenblatt erklärt jedoch, daß man von der gestrigen Rede Hendersons in Frankreich enttäuscht sei. Henderson haben zwar gestern nicht gegen den Paneuropaplan Opposition gemacht, aber er habe von einer anderen Seite her einen scharfen Angriff unternommen, den Frankreich durchaus nicht dulden könne. Ein anderes großes Pariser Blatt schreibt, daß die Rede des englischen Außenministers nur dazu bestimmt gewesen sei, Zeit zu gewinnen, um auf der Völkerbundstagung Verwirrung zu schaffen.

Amerika und die neue Regierung in Argentinien.

New York, 12. September. Wie „Associat Expreß" aus Buenos Ayres meldet, hat die dortige amerikanische Handelskammer die Handelskammer der Vereinigten Staaten in Washington um Anerkennung der neuen Regierung ersucht. Hierzu erfährt New York Times, aus politischen Kreisen Washington, man fürchtet die neue Regierung anzuerkennen, bevor London, jedoch nicht bevor die Nachbarstaaten sie anerkannt hätten. Das Blatt weist dabei auf den wirtschaftlichen Wettbewerb der Vereinigten Staaten in Argentinien und Englands Bemühungen, seine dortige Stellung wieder zu gewinnen, hin.

DIE LICHTTRÄGERIN

ROMAN VON ERNEST BECHER

54. Fortsetzung.

„Ich bin das Patenkind Herrn Marholds, des Vaters Ihrer Braut und deren Jugendgespiele", erwiderte Felix. „Das gibt mir wohl Recht genug, die junge Dame vor Gemeinheiten in Schutz zu nehmen, auch wenn diese von seiten ihres Verlobten kommen."

„Bravo!" ertönte eine Stimme im Hintergrunde des Lokales. Die Leute sahen sich nach dem Rufer um, konnten ihn aber nicht entdecken. Mit erhöhter Stimme fuhr Felix fort:

„Ich frage Sie also: Wollen Sie den Schimpf zurücknehmen, den Sie in aller Oeffentlichkeit Ihrer Braut zugefügt haben?"

„Nichts will ich tun, gar nichts, wenn Sie es von mir fordern!" schrie Hebenstreit wütend.

„Dann betrachten Sie sich von mir als geohrfeigt", rief Felix. „Nur die Rücksicht auf die Gäste dieses Lokales und den Wirt hindert mich, Ihnen die Züchtigung tatsächlich angedeihen zu lassen."

„Diese Beleidigung sollen Sie mir büßen!" kreischte der schöne Theo.

„Ich stehe zu Ihrer Verfügung!" erklärte Felix kalt. „Hier meine Karte mit meiner Adresse!"

„Das Gericht wird Sie auch ohne dies zu finden wissen!" zischte Hebenstreit.

„Das Gericht?!" Ganz wenig verzog Felix bei dieser Frage die Mundwinkel. Dann sagte er zu den drei jungen Männern, die mit Hebenstreit an dem Tische saßen: „Pardon, daß ich gestört habe!"

Er machte eine knappe Verbeugung, trat an seinen Tisch zurück und rief: „Zahlen, bitte!"

Kurz darauf verließ er das Lokal. Kaum hatte sich die Türe hinter ihm geschlossen, da sagte Freiherr von Graedener halblaut zu Hebenstreit:

„Wenn Sie in dieser Angelegenheit das Gericht anrufen, dann sind Sie für die Gesellschaft erledigt, das wissen Sie ja wohl!"

Ohne eine Antwort abzuwarten, rief er den in der Nähe stehenden Kellner herbei und sagte, mit einer Handbewegung über den ganzen Tisch deutend: „Die Zeche!"

Während der Kellner rechnete, protestierten die beiden anderen jungen Leute:

„Erlauben Sie, Graedener, wie kommen Sie dazu!"

„Lassen Sie gut sein, wir teilen später auf! Mir liegt bloß daran, möglichst schnell das Lokal zu verlassen. Wir spielen, obschon ganz unschuldig an der vorigen Szene doch keine gute Rolle in Herrn von Hebenstreits Gesellschaft."

„Was soll das heißen?" begehrte der schöne Theo auf.

„Meine Worte sind leicht zu verstehen. Ich habe nichts dawider, daß Sie mich dafür zur Rechenschaft ziehen, eventuell ebenfalls vor Gericht!"

Graedener lächelte ironisch, zahlte und sagte dann, sich erhebend:

„Kommen Sie, meine Herren!"

Sie nickten den stumm und verlegen dasitzenden Mädchen zu: „Servus Kinder! Auf Wiedersehen!" und verließen das Lokal, ohne Hebenstreit auch nur eines Blickes zu würdigen.

Inzwischen war Felix auf dem Heimwege begriffen. Er war ganz ruhig, ohne jede Spur von Erregung. So also war der Mann beschaffen, den Lotte ihm vorgezogen hatte? Ein erbärmlicher, aufgeblasener Tropf, der die Ehre seiner Braut ganz öffentlich besudelte, und ein Feigling obendrein! Derart verächtlich hatte sich Felix den Menschen doch nicht gedacht! Und an einen solchen Patron hatte Lotte ihr Herz gehängt? Arme Lotte!

Natürlich fuhr Felix andern Tages nicht nach Edelhof, sondern blieb auf seiner Stube, obschon er überzeugt war, keinerlei Botschaft von Hebenstreit zu erhalten. Doch er hatte sich geirrt; Hebenstreit war infolge des Benehmens, das Freiherr von Graedener und die beiden anderen jungen Leute ihm gegenüber an den Tag gelegt hatten, um seine Rolle in der Gesellschaft bange geworden und deshalb hatte er sich, wenn auch schweren Herzens, dazu entschlossen, von Felix Genugtuung mit der Waffe zu fordern. Seine Abgesandten erschienen um elf Uhr vormittags bei dem jungen Künstler und er nominierte ihnen seine Vertreter, zwei seiner Studiengenossen, die er schon zeitig in der Frühe von dem Vorgefallenen verständigt und um ihre Dienste gebeten hatte. Sie suchten ihn nachmittags auf.

„Morgen acht Uhr früh, Fechtsaal Doumier in der Ansbacher Straße, Kavalleriesäbel, Binden und Bandagen, drei Gänge", erklärte der eine lakonisch.

Felix sah ihn verblüfft an. Der zweite der Sekundanten lachte.

„Es ist so!" sagte er. „Viel mehr als eine Paukerei ist es nicht!"

„Es ist ein Wunder, daß er sich nicht noch Stierköpfe ausbedungen hat!" spottete der erste Sprecher. „Seine Vertreter haben sich auch geschämt, als wir ihnen ins Gesicht gelacht haben."

Fortsetzung folgt.

Volkswirtschaft

Autobusverkehr Tschechoslowakei — Polen.

In Preßburg hat am Mittwoch eine Enquette der Industrie- und Handelskorporationen stattgefunden, an der auch Handelsminister Kwiatkowski teilnahm. Ueber den Stand des gegenseitigen Warenaustausches zwischen der Tschechoslowakei und Polen sprach der frühere polnische Handelsminister Wierbicki.

Auf ein sehr wenig beachtetes, für die Zukunft sicherlich aber sehr wichtiges Problem wies zum Schlusse der Enquete der Direktor der Straßenbahn in Preßburg Ing. Bartosek hin. Er sprach in einer längeren Rede über die Wichtigkeit eines Autobusverkehres zwischen Polen und der Tschechoslowakei, beziehungsweise zwischen Polen und der Slowakei. Heute beurteile zwar noch immer jeder Staat den Wert des Autobusverkehres nach dem Schaden, der ihm durch den gleichzeitigen Entgang bei der Eisenbahn oder bei der Post entsteht, doch sei diese Auffassung ein Trugschluß. Deutschland besitze heute z. B. über 10 000 staatliche Personenautobusse und mindestens ebensoviele Privatautobusse und schätzt den Schaden, der der deutschen Reichsbahn dadurch erwächst auf 550 bis 600 Millionen Mark oder 4 Milliarden Kc. Direktor Bartosek behauptete, daß dieser Abgang kein Schaden, sondern ein wirtschaftlicher Aufschwung sei, was er schließlich auch am Beispiele Preßburgs bewies. Die tschechoslowakischen Staatbahnen haben durch Einführung des Autobusverkehres auf einer Strecke 25 000 Kc. an Fahrgeldern eingebüßt, in derselben Zeit aber wurden bei dem Autobus 750 Tausend Kc. an Fahrgeldern eingenommen. Von diesem Autobus mußten 250 000 Kc. als Verkehrssteuer abgeführt werden, also zehnmal so viel, als der Verlust an Eisenbahnfahrkarten betrug. Direktor Bartosek geht aber noch weiter, indem er erklärte, daß die wirtschaftliche Kapazität eines Autobusses mi zwei Millionen Kc. veranschlagt werden könne, da allgemein bekannt ist, daß ein Reisender drei- bis viermal soviel Geld ausgibt als das Fahrgeld beträgt. Auf der ca. 800 km langen Grenze zwischen der Tschechoslowakei und Polen könnten mindestens 500 Autobusse in Verkehr gebracht werden, was einer Einnahme von 500 bis 800 Millionen Kc. bedeuten würde. Die heutigen Eisenbahnverbindungen nach Polen genügen durchaus nicht mehr, denn auf dieser langen Grenze bestehen heute bloß sieben Eisenbahnverbindungen, also je eine Eisenbahnverbindung auf 100 km Grenze.

Der Vortrag Dir. Bartoseks fand allgemeine Anerkennung und wird sicherlich von beiden Staaten überprüft werden.

Eigentümer: Red. C. L. Mayerweg und Red. Dr. H. Dattner. Herausgeber: Red. Dr. H. Dattner. Verleger: Red. C. L. Mayerweg. Druckerei „Rotograf", alle in Bielsko.
Verantwortlicher Redakteur: Red. Anton Stafinski, Bielsko.